

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/006(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 06.03.2015	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:05Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23. 01. 2015 - öffentlicher Teil T0025/15
- 4 Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Sitzung des Stadtrates 009(VI)15 vom 22.01.2015 zum TOP 6.2.2 - Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"/Änderungsantrag DS0248/14/2 T0028/15
 - 4.1 Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport DS0248/14
 - 4.1.1 Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen DS0248/14/1
 - 4.1.1.1 Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen DS0248/14/1/1
 - 4.1.2 Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Fraktion CDU/FDP/BfM DS0248/14/2

4.1.2.1	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0248/14/2/1
4.1.3	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0248/14/3
4.1.4	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Interfraktionell	DS0248/14/5
4.1.5	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Oberbürgermeister	DS0248/14/6
5	Anträge	
5.1	Installierung eines Fahrgastbeirates bei der MVB GmbH & Co. KG (MVB) Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0170/14
5.1.1	Installierung eines Fahrgastbeirates bei der MVB GmbH & Co. KG (MVB) BE: Bürgermeister	S0005/15
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Dr. Falko Grube

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Jens Rösler

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Timo Gedlich

Stadtrat Olaf Meister

Stadtrat Gunter Schindehütte

i.V.f. Stadtrat Frank Schuster

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Verwaltung

Herr Mike Eve

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

 Öffentliche Sitzung

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

 2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 23. 01. 2015 - öffentlicher Teil T0025/15

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 23. 01. 2015 – öffentlicher Teil – wird bei 2 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

 4. Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Sitzung des Stadtrates 009(VI)15 vom 22.01.2015 zum TOP 6.2.2 - Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"/Änderungsantrag DS0248/14/2

4.1.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14
4.1.1.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/1
4.1.1.1.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/1/1
4.1.2.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/2
4.1.2.1.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/2/1
4.1.3.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/3
4.1.4.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/5
4.1.5.	Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"	DS0248/14/6

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle (Bg IV) und der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz (Bg I) teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Prof. Dr. Puhle darauf, dass sich der Widerspruch des Oberbürgermeisters nicht gegen die gesamte Beschlussfassung zur DS0248/14 richtet, sondern gegen den Beschluss zum Änderungsantrag DS0248/14/2 der Fraktionen CDU/FDP/BfM und Bündnis 90/Die Grünen.

Er legt dar, dass der hiermit gefasste Beschluss zur Einräumung eines Rechtsanspruches auf Beschulung in einer bestimmten Schule nicht umsetzbar ist, da hier der Gleichbehandlungsgrundsatz für alle Schüler/Innen Anwendung finden muss. Somit sei die Umsetzung des Beschlusses rechtswidrig, so dass Widerspruch eingelegt werden musste. Zur weiteren Verfahrensweise legt er dar, dass, wenn seitens des Stadtrates dem Widerspruch abgeholfen wird, die vorliegenden Änderungsanträge zur DS0248/14 wieder neu diskutiert und

abgestimmt werden können und die dann so geänderte Drucksache im Stadtrat am 19. 03. 2015 beschlossen werden kann.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass nur der Beschluss zum Änderungsantrag DS0248/14/2 aufgehoben wird und die restlichen Beschlüsse erhalten bleiben.

Diesem Hinweis widerspricht Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/FDP/BfM, und verweist darauf, dass hierzu das Abstimmungsverhalten wie in der Sitzung des Stadtrates am 22. 01. 2015 erforderlich wäre, ansonsten müsse die Drucksache neu abgestimmt werden.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0248/14/6 des Oberbürgermeisters und legt dar, dass nach diesem die gesamte Beschlussfassung zur Drucksache aufgehoben wird. Als taktisch besser bezeichnet er die von seiner Fraktion mit Änderungsantrag DS0248/14/2/1 vorgelegte Verfahrensweise.

Der Beigeordnete I Herr Platz macht auf die Problematik aufmerksam, dass sich der Widerspruch eigentlich nur gegen den Beschluss zum Änderungsantrag DS0248/14/2 richtet. Dieser Änderungsantrag ändere jedoch die gesamte Beschlussfassung der Drucksache. Im Ergebnis hat somit die Drucksache keinen rechtlichen Bestand.

Zur weiteren Verfahrensweise verweist er auf zwei Möglichkeiten hin.

Entweder wird durch die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0248/14/6 des Oberbürgermeisters die gesamte Beschlussfassung zur DS0248/14 aufgehoben. Damit würde die Diskussion zur ursprünglichen Drucksache wieder aufgemacht, sofern Bedarf für eine erneute Diskussion besteht.

Oder der Stadtrat hilft dem Widerspruch des Oberbürgermeisters ab und beschließt die so bereinigte Drucksache neu.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, äußert die Auffassung seiner Fraktion, dem Anliegen des Änderungsantrages DS0248/14/6 folgen zu wollen, jedoch noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich der Folgen aus der Beschlussfassung zur Drucksache zu haben. Begründend legt er dar, dass auch mit der Öffnung der Schulbezirke das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ aufrechterhalten bleiben muss. Seitens der Fraktion wird nicht gesehen, wie dies rechtskonform umgesetzt werden kann. Es gibt keine Möglichkeit den Eltern zu garantieren, dass trotz der Aufhebung der Schuleinzugsbereiche, deren Kinder in der nächstgelegenen Schule eingeschult werden können. Im Ergebnis der Diskussion in der Fraktion könne deshalb keine Zustimmung zur Erweiterung der Schulbezirke gegeben werden.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass für Eltern, die in der Nähe von Schulen neu gebaut haben, ein Vertrauenstatbestand hinsichtlich der Einschulung ihrer Kinder in diesen Schulen besteht. Durch die Aufhebung des Beschlusses werde aus seiner Sicht auch dieser Tatbestand aufgehoben.

Er merkt kritisch an, dass bereits von verschiedenen Schulleitern der Hinweis gegeben wird, dass eine Einschulung nicht garantiert werden kann, obwohl noch kein endgültiger Beschluss vorliegt.

Der Oberbürgermeister bezeichnet diese Verhaltensweise der Schulleiter als genau richtig, da diese tatsächlich keine Garantie geben können.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, verweist auf die Haltung seiner Fraktion, nicht für die Schulbereichserweiterungen eingetreten zu sein. Bezug nehmend auf die Auffassung der SPD-Stadtratsfraktion, hier kurzfristig keine rechtskonforme Lösung zu sehen, legt er dar, dann auch zu sagen, dass auch langfristig keine Lösung gesehen wird. Es sollte ehrlich bekannt werden, dass der Modellversuch zur Schulbereichserweiterung gescheitert sei und der bisherige Status beibehalten wird.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass im Vorfeld der Beschlussfassung zum Modellversuch die gleiche Diskussion geführt wurde, hier jedoch eine Lösung gefunden wurde. Zudem handelte es sich um eine andere Dimension, da hier nur fünf nahe beieinanderliegende Schulen betroffen waren.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt dar, dass klar sein muss, dass die vorliegende Drucksache keine Mehrheit im Stadtrat erhalten wird und der Stadtrat sich zur weiteren Verfahrensweise äußern muss. Die Verwaltung müsse sich darauf einstellen, dass der Drucksache nicht zugestimmt wird.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Verwaltung auf alle Anträge des Ausschusses BSS eingegangen ist. Wenn der bisherige Status beibehalten bleibt könne es jedoch sein, dass einige Schulen überfüllt sein werden.

Er macht darauf aufmerksam, dass möglicherweise Probleme diskutiert werden, die nicht eintreten und es vielleicht gar nicht dazu kommt, dass Kinder längere Schulwege haben müssen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, führt aus, dass seine Fraktion die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen hat und noch Diskussionsbedarf besteht. Fakt sei jedoch, dass Kapazitätsprobleme gelöst werden müssen, damit Kinder keine weiten Wege gehen müssen. Er wirft die Frage auf, was mit Schulen passiert, die bereits jetzt schon über ihre Kapazitäten gehen. Abschließend spricht er sich dafür aus, dem Widerspruch beizutreten.

Zur weiteren Verfahrensweise äußert der Oberbürgermeister die Bitte an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses, dem Stadtrat die Aufhebung des Beschlusses zu empfehlen. Dann könne der Stadtrat entscheiden, welche weiteren Änderungsanträge er beschließen will.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, verweist auf die im Ausschuss BSS geführte Diskussion und legt dar, dass er die Clusterbildung schon immer skeptisch gesehen hat.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, bezeichnet diese Empfehlung als völlig richtig auch deshalb, dass damit eine Beruhigung unter der Elternschaft erreicht wird.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass seine Fraktion ihren Standpunkt beibehalten wird. Er plädiert dafür, dass bei einigen Schulen, deren Aufnahmekapazitäten bereits kritisch sind, eine Änderung der Schulbereiche zu prüfen. Dies müsse aber nicht am 19. 03. 2015 beschlossen werden, aber zeitnah. Er spricht sich für die Aufhebung des Gesamtbeschlusses aus.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Anmeldefrist für Einschulungen und führt aus, dass bei einer Beschlussaufhebung die Verwaltung zur Unterbringung der Einschüler verpflichtet ist.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, macht darauf aufmerksam, dass, wenn am 19. 03. 2015 keine Beschlussfassung herbeigeführt werden kann, die bisherige Situation beibehalten bleibt. Dies müsse den Eltern verdeutlicht werden. Er warnt davor, einzelne Schulbereiche zu verändern und hält dies für schädlich. Der Stadtrat solle sich dazu bekennen, dass das Modellprojekt nicht funktioniert und die bisherigen Bereiche erhalten bleiben. Eine Änderung sollte langfristig erfolgen.

Zum Hinweis des Oberbürgermeisters, dass für die Vorbereitung dann wieder ein Jahr benötigt werde, merkt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, an, dass sich bis dahin auch die Schülerzahlen wieder verändert haben können. Dies sei ein dynamischer Prozess. Er legt seine Auffassung dar, dass Eltern ein Anspruchsrecht zur Beschulung haben.

Stadtrat Schwenke, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, ergänzt, dass seine Fraktion die Freigabe der Einzugsbereiche nach wie vor für gut befindet. Als problematisch wird dabei jedoch gesehen, dass die Aufhebung derzeit nicht sinnvoll umgesetzt werden kann.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet den Beitritt zum Widerspruch als richtig. Bezug nehmend auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0248/14/6 hält er eine Beschlussaufhebung für nicht zielführend. Er sieht es als ausreichend an, nur den Beschluss, gegen den sich der Widerspruch richtet, aufzuheben.

Eingehend auf die geführte Diskussion verweist der Oberbürgermeister darauf, dass der Verwaltungsausschuss hierfür nicht der zuständige Fachausschuss sei. Er spricht sich dafür aus, gemäß Änderungsantrag DS0248/14/6 dem Stadtrat zu empfehlen, dem Widerspruch beizutreten und die Beschlussfassung aufzuheben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0248/14/6 des Oberbürgermeisters zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung ist eine Abstimmung zur vorliegenden Drucksache DS0248/14 und den dazugehörigen Änderungsanträgen nicht mehr erforderlich.

5. Anträge

5.1. Installierung eines Fahrgastbeirates bei der MVB GmbH & Co. KG (MVB) Vorlage: A0170/14

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zum Antrag verweist Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, auf dessen Anliegen ein Gremium Fahrgastbeirat zu schaffen. Unerheblich dabei sei, wo dieses Gremium angesiedelt sei. Bezug nehmend auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellten jährlichen Kosten eines solchen Beirates bezeichnet er diese als schwer nachvollziehbar. Persönlich bezeichnet er die Summe von 5000 Euro als nicht so hoch. Diese sollte es wert sein, diesen Beirat einzurichten.

Der Bürgermeister verweist in seinen Ausführungen darauf, dass die MVB ein Dienstleistungsunternehmen ist. Wenn über die Einrichtung eines Beirates entschieden werden soll müsse geklärt sei, wo dieser angesiedelt sein soll. Auf Grund von Interessenskollisionen könne dies jedoch nicht bei der MVB sein. Er merkt an, dass es bereits ausreichend Gremien gibt, die sich mit der Thematik der Optimierung des ÖPNV befassen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass es darum gehe, Kritiker der MVB mit einzubeziehen. Verbesserungen können nur erreicht werden, wenn diese einbezogen und in die Verantwortung genommen werden. Hinsichtlich der benannten Kosten bezeichnet er diese als minimal und spricht sich für eine Beschlussempfehlung des Antrages aus.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, merkt an, dass eine verstärkte Beteiligung der MVB im Rahmen von GWA-Sitzungen festgestellt werden kann. Er gibt zu bedenken, dass mit einem Beirat ein weiteres Gremium neben Aufsichtsrat und Ausschuss StBV geschaffen wird, welches sich mit Themen des ÖPNV befasst. Er bezweifelt, dass damit eine qualitative Verbesserung erreicht werden kann. Er äußert seine persönliche Meinung, in einer Beiratsbildung z.Z. keinen Nutzen zu sehen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht eine Beiratsbildung nicht als Sache des Aufsichtsrates an. Im Aufsichtsrat gehe es um das monetäre Wohl des Unternehmens. Er legt seine Auffassung dar, dass es bei einem solchen Beirat darum gehe, gerade auch kritische Bürger mitzunehmen. Verkehrliche Projekte nur in der GWA vorzustellen hält er für nicht ausreichend, da dies nicht automatisch als Bürgerbeteiligung anzusehen ist. Stadtrat Rösler sieht die Arbeit eines Beirates mit engagierten Bürgern als Vorteil an und vertritt die Auffassung, dass dieser bei der MVB installiert werden könne.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, äußert, Probleme mit der Stellungnahme der Verwaltung zu haben. Obwohl sich der Beginn der Stellungnahme positiv darstelle sieht er die Hinweise auf die entstehenden Kosten als zu einseitig betrachtet an. Kritisch merkt er an, dass eine Darstellung von Gewinnen fehle. Grundsätzlich verstehe er nicht, dass in Magdeburg nicht möglich sein soll, was in anderen Städten längst praktiziert wird. Insbesondere verweist er darauf, auch die Ansiedlung des Beirates bei der Landeshauptstadt als möglich anzusehen. Mit Hinweis auf die immer wieder geäußerte öffentliche Kritik an der MVB sieht er jedoch die Beiratsbildung für dieses Unternehmen als positiv an.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass, wenn eine Beiratsbildung vorgenommen wird, diese eher im Verkehrsunternehmen erfolgen sollte, unter der Voraussetzung, dass dies gesetzeskonform ist. Der Aufsichtsrat im Zusammenwirken mit der Geschäftsführung könne sich dann den entsprechenden Personenkreis aussuchen, der im Beirat mitarbeitet und sich einbringt.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass es sich um einen ehrenamtlichen Beirat handelt und die hierfür erforderlichen Kosten auch geringer gehalten werden können.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, vertritt die Auffassung, dass durch eine Beiratsbildung die bestehenden Probleme nicht gelöst werden können. Er mahnt an, dass bei den Mitgliedern des Beirates die Erwartungshaltung auf bestimmte Einflussmöglichkeiten geweckt werden könnte. Stadtrat Schwenke erklärt, sich bei der Abstimmung zum Antrag zu enthalten.

Der Oberbürgermeister äußert die Bitte an die einbringende Fraktion, den Antrag dahingehend umzuformulieren, der MVB die Einrichtung des Beirates zu empfehlen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, sieht es als positiv, dass sich nicht mehrheitlich gegen den Antrag ausgesprochen wird. Der Fraktion sei nicht klar gewesen, dass der Antrag gesetzeswidrig sei. Er merkt an, dass aus der Stellungnahme nicht hervorgehe, ob seitens der MVB die Bereitschaft zur Beiratsbildung bestehe und verweist darauf, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsführung hiermit nicht beauftragen kann.

Hierzu sagt der Oberbürgermeister zu, am 09. 03. 2015 telefonisch mit der MVB-Geschäftsführung Kontakt aufzunehmen.

Auf seine Nachfrage zur weiteren Verfahrensweise äußert Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, dass schon gewollt sei, die MVB-Geschäftsführung mit der Beiratsbildung zu beauftragen. Hilfreich dabei wäre, wenn seitens des Oberbürgermeisters hier Unterstützung geleistet wird und im Stadtrat signalisiert wird, dass die MVB dem Anliegen offen gegenüber steht. Er erklärt die Bereitschaft seiner Fraktion, im Gegenzug ggf. eine Umformulierung des Antrages vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0170/14 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei in seiner Sitzung am 19. 03. 2015 zu beschließen.

5.1.1. Installierung eines Fahrgastbeirates bei der MVB GmbH & Co. S0005/15
 KG (MVB)

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin